

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

**des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung  
(18. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Katja Suding, Dr. Jens Brandenburg (Rhein-  
Neckar), Mario Brandenburg (Südpfalz), weiterer Abgeordneter und der  
Fraktion der FDP  
– Drucksache 19/15767 –**

### **PISA-Sofortprogramm – Reformagenda für eine Bildungsnation**

#### **A. Problem**

Die Leistungen der Schüler in Deutschland haben sich im Vergleich zur PISA-Studie 2015 in allen Bereichen verschlechtert: in Naturwissenschaften und Mathematik auf das Niveau von 2003, beim Lesen auf den Wert von 2009. Deutschland belegt damit einen Platz im Mittelfeld. Die Tendenz geht nach unten. Auch liegt der Einfluss der sozialen Herkunft auf die Ergebnisse der Schülerinnen und Schüler in Deutschland nach wie vor deutlich über dem OECD-Schnitt. Zudem zeigt sich, dass die deutsche Bildungslandschaft mit 16 verschiedenen Schulsystemen aus der Zeit gefallen ist. Aufgrund der Absage von Bayern und Baden-Württemberg an den Nationalen Bildungsrat ist die Möglichkeit verpasst worden, gleichen Bildungschancen überall in Deutschland näher zu kommen.

#### **B. Lösung**

Um bis zum nächsten PISA-Test zur Weltspitze und den PISA-Siegern aufzuschließen, braucht Deutschland ein PISA-Sofortprogramm. Dafür soll die Bundesregierung eine Strategie entwickeln, wie der Anteil der Bildungsinvestitionen als Anteil am Bruttoinlandsprodukt (BIP) so angehoben werden kann, dass Deutschland künftig unter den TOP 5 der OECD-Staaten liegt. Darüber hinaus soll u. a. die frühkindliche Bildung in Deutschland gestärkt und ein zweiter Digitalpakt mit den Ländern auf den Weg gebracht werden. Zudem soll die Bundesregierung auf die Länder einwirken, dass bundesweit einheitliche, hochwertige und verbindliche Bildungsstandards für alle Fächer des Hauptschulabschlusses, der Mittleren Reife und des Abiturs entwickelt werden und bundesweite Abschlussprüfungen in allen zentralen Fächern eingeführt werden.

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und AfD gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.**

**C. Alternativen**

Annahme des Antrags auf Drucksache 19/15767.

**D. Kosten**

Wurden nicht erörtert.

### **Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Antrag auf Drucksache 19/15767 abzulehnen.

Berlin, den 4. März 2020

### **Der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung**

**Dr. Ernst Dieter Rossmann**  
Vorsitzender

**Dr. Dietlind Tiemann**  
Berichterstatterin

**Oliver Kaczmarek**  
Berichterstatter

**Dr. Götz Frömming**  
Berichterstatter

**Katja Suding**  
Berichterstatterin

**Dr. Birke Bull-Bischoff**  
Berichterstatterin

**Margit Stumpp**  
Berichterstatterin

## **Bericht der Abgeordneten Dr. Dietlind Tiemann, Oliver Kaczmarek, Dr. Götz Frömming, Katja Suding, Dr. Birke Bull-Bischoff und Margit Stumpp**

### **I. Überweisung**

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 19/15767** in seiner 133. Sitzung am 11. Dezember 2019 beraten und an den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur federführenden Beratung sowie an den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und den Ausschuss Digitale Agenda zur Mitberatung überwiesen.

### **II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage**

Die Fraktion der FDP macht darauf aufmerksam, dass die Leistungen der Schüler in Deutschland sich im Vergleich zur PISA-Studie 2015 in allen Bereichen verschlechtert haben. So sei Deutschland in Naturwissenschaften und Mathematik auf das Niveau von 2003, beim Lesen auf den Wert von 2009 zurückgefallen. Deutschland belege damit einen Platz im Mittelfeld und sei weit entfernt von Bildungsvorreitern wie Estland, Finnland oder Japan. Die Tendenz gehe nach unten. Auch liege der Einfluss der sozialen Herkunft auf die Ergebnisse der Schülerinnen und Schüler in Deutschland nach wie vor deutlich über dem OECD-Schnitt. Im Bereich des Leseverständnisses spiele die Herkunft 2018 sogar eine größere Rolle als noch 2009. 20 Prozent der deutschen Schüler erreichten nur ein sehr geringes Leistungsniveau.

Zudem zeige sich, dass die deutsche Bildungslandschaft mit 16 verschiedenen Schulsystemen aus der Zeit gefallen sei. Aufgrund der Absage von Bayern und Baden-Württemberg an den Nationalen Bildungsrat sei die Möglichkeit verpasst worden, gleichen Bildungschancen überall in Deutschland näher zu kommen. Es dürfe nicht länger eine Zumutung für Familien mit schulpflichtigen Kindern sein, von einem Bundesland in ein anderes umzuziehen. Die Schülerinnen und Schüler verdienten weltbeste und vergleichbare Bildung – unabhängig vom Wohnort. Daher brauche Deutschland ein Kooperationsgebot statt eines -verbots.

Um bis zum nächsten PISA-Test zur Weltspitze und den PISA-Siegern aufzuschließen, brauche Deutschland ein PISA-Sofortprogramm.

Die Bundesregierung solle daher u. a. aufgefordert werden:

- eine Strategie zu entwickeln, wie der Anteil der Bildungsinvestitionen als Anteil am Bruttoinlandsprodukt (BIP) so angehoben werden kann, dass Deutschland unter den TOP 5 der OECD-Staaten liegt;
- die frühkindliche Bildung in Deutschland zu stärken mit bundesweit einheitliche Qualitätsstandards für Kindertageseinrichtungen, die für gleiche Bildungschancen und für gleichwertige Lebensverhältnisse sorgen;
- einen zweiten Digitalpakt mit den Ländern zu verhandeln und zu unterzeichnen, der über die Investitionen in die technische Infrastruktur aus dem beschlossenen Digitalpakt hinausgeht;
- zusammen mit den Ländern die Attraktivität der MINT-Fächer in den Schulen zu steigern;
- gemeinsam mit den Ländern ein Konzept zur Reform der Lehrerbildung zu entwickeln und vorzulegen, um die Lehrerbildung insgesamt flexibler, praxisnah und zukunftsfähig zu gestalten;
- gemeinsam mit den Ländern eine Deutsche Lehrerakademie einzurichten, die nach dem Konzept der Stiftung Haus der kleinen Forscher deutschlandweit Lehrerfortbildungen entwickelt und anbietet, die auf den neusten wissenschaftlichen Erkenntnissen basieren;
- gemeinsam mit den Ländern das Institut zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB) zu einer nationalen Einrichtung für Bildungsinnovationen und Qualitätssicherung auszubauen;
- gemeinsam mit den Ländern ein Institut für beste Schulpraxis einzurichten, welches eine Brücke zwischen Bildungsforschung und Schulpraxis baut;

- dem Deutschen Bundestag einen Gesetzentwurf vorzulegen, um die verfassungsrechtliche Grundlage für einen modernen Bildungsföderalismus zu schaffen. Über einen geänderten Artikel 91b Absatz 2 GG ist dafür Sorge zu tragen, dass Bund und Länder auf Grund von Vereinbarungen zur Sicherstellung der Qualität, der Leistungsfähigkeit und der Weiterentwicklung des Bildungswesens zusammenwirken können;
- auf die Länder einzuwirken, dass bundesweit einheitliche, hochwertige und verbindliche Bildungsstandards für alle Fächer des Hauptschulabschlusses, der Mittleren Reifen und des Abiturs entwickelt werden und bundesweite Abschlussprüfungen in allen zentralen Fächern eingeführt werden.

### III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 19/15767 in seiner 57. Sitzung am 4. März 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und AfD gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat den Antrag auf Drucksache 19/15767 in seiner 50. Sitzung am 4. März 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und AfD gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss Digitale Agenda** hat den Antrag auf Drucksache 19/15767 in seiner 50. Sitzung am 4. März 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und AfD gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

### IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat den Antrag auf Drucksache 19/15767 in seiner 42. Sitzung am 4. März 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und AfD gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Die **Fraktion der FDP** erklärt, dass es bei dem Antrag um ein PISA-Sofortprogramm gehe. Die PISA-Ergebnisse hätten gezeigt, dass Deutschland in einer Bildungskrise stecke. So sei Deutschland beim Lesen auf den Wert vom Jahr 2009 zurückgefallen, in Mathematik und in den Naturwissenschaften sogar auf das Niveau von 2003. Zudem sei es sehr beunruhigend, dass die Leistungen der Schülerinnen und Schüler wieder stärker vom Elternhaus abhängig seien. Hier habe man von 2009 zu 2018 nochmal eine Verschlechterung erfahren, obwohl man bei diesem Punkt schon schlechter dastehe als viele andere Industrienationen.

Die Fraktion der FDP fordert, dass nach diesen verheerenden Ergebnissen unbedingt bildungspolitisch reagiert werde. Man habe bei der Plenardebatte zum Antrag vernommen, dass es auch aus Reihen der CDU/CSU-Fraktion ungeduldige Stimmen gebe, die forderten, dass der Bund aus einer gesamtstaatlichen Verantwortung heraus die Ministerpräsidentenkonferenz mit geeigneten Formaten unterstützen müsse. Man sei gespannt, welche Schritte hier in naher Zukunft folgen würden. Denn bisher würden die Prozesse mit den Ländern in der Ministerpräsidentenkonferenz und der Kultusministerkonferenz sehr langsam verlaufen.

Im vorliegenden Antrag habe man diverse Punkte aufgeführt, die nun schnell erfolgen müssten. Dabei gehe es zum einen um die Erhöhung der Bildungsausgaben. Es sei ein unhaltbarer Zustand, dass die Bildungsausgaben immer noch stagnierten bzw. sogar rückläufig seien. Zudem müsse der Bildungsföderalismus noch weitergehender reformiert werden, damit der Bund noch zielgenauer die Länder bei ihren Aufgaben unterstützen könne. Auch fordere man einen bundesweit einheitlichen, sehr hochwertigen Bildungsstandard. Bildungschancen dürften nicht davon abhängen, in welchem Bundesland ein Kind zur Schule gehe. Darüber hinaus fordere man als Nachfolger des Digitalpaktes einen Digitalpakt 2.0, da man es nicht zulassen dürfe, dass die Investitionen in Technik im Wert von 5 Milliarden Euro bereits veraltet seien, bevor die Technik überhaupt sinnvoll eingesetzt werde, weil Lehrkräfte nicht entsprechend fortgebildet würden. Man wolle die Lehrerausbildung insgesamt flexibler, praxisnah

und zukunftsfähig gestalten. Die FDP-Fraktion weist abschließend darauf hin, dass der Antrag noch eine Reihe weiterer Forderungen enthalte.

Die **Fraktion der CDU/CSU** stellt dar, dass es beim vorliegenden Antrag offensichtlich weniger um ein PISA-Sonderprogramm, sondern vielmehr um eine sehr ausführlich dargestellte Kritik am derzeitigen Bildungssystem gehe.

In der Vergangenheit habe man deutlich gemacht, sich der Schwierigkeit der Aufgaben bei der Umsetzung der Bildung bewusst zu sein. Auch sei man sich bewusst, dass die Selbstständigkeit der Länder auf diesem Gebiet ein hohes Gut sei. Die CDU/CSU-Fraktion betont die Wichtigkeit des Bildungsföderalismus, um die Selbstständigkeit der Länder auf diesem Gebiet zu erhalten und fortzusetzen. Es gehe darum, diejenigen zu befähigen, die in der Lage seien, das durchzuführen, wozu sie sich verpflichtet hätten. Es bringe nichts, wenn man jetzt versuche, erneut Veränderungen am Grundgesetz vorzunehmen.

Die CDU/CSU-Fraktion weist darauf hin, dass das BMBF in Bezug auf die MINT-Fächer bereits die MINT-Strategie verabschiedet und hierzu zwei Förderrichtlinien erlassen habe. Zudem gebe es die KITA-Pakete, um die frühkindliche Bildung entsprechend zu begleiten. Schließlich sei man mit dem Digitalpakt einen weitreichenden, wesentlichen Schritt gegangen. Die Verantwortung liege hier nun bei der Ministerpräsidentenkonferenz und der Kultusministerkonferenz.

Natürlich teile man eine gewisse Sorge auf dem Gebiet der Bildung. Auch stimme man mit den im Antrag dargelegten Zielen überein, wenn es um die Umsetzung und Verbesserung der Qualität und Vergleichbarkeit der Bildung zwischen den Bundesländern gehe, insbesondere mit einer Vereinheitlichung der Standards für das Abitur. Aus diesen Gründen habe man sich auch mit dem Koalitionspartner im Koalitionsvertrag für den Nationalen Bildungsrat ausgesprochen. Allerdings sei es der falsche Ansatz, die Länder nun zu entmündigen, da dieses Projekt vorerst gescheitert sei. Der richtige Weg sei es, die Rahmenbedingungen zu schaffen und mehr parteiübergreifend auf eine Lösung hinzuarbeiten, die zur Verbesserung der Bildung für Kinder und Heranwachsenden führe. Der Antrag der FDP-Fraktion helfe an dieser Stelle nicht weiter und sei daher abzulehnen.

Die **Fraktion der AfD** lobt die FDP-Fraktion, dass sie erkannt habe, dass dringender Handlungsbedarf im Bildungsbereich bestehe. Da Bildung Ländersache sei und die FDP in mehreren Ländern an der Regierung beteiligt sei, stelle sich die Frage, warum hier nicht mehr passiere. So stelle die FDP in Nordrhein-Westfalen die Bildungsministerin, Frau Gebauer. Sie hätte daher die Chance, NRW zu einem Vorzeigeland zu machen, was digitale Bildung etc. anbelange. Die Studien, die bisher vorlägen, kämen zu dem Ergebnis, dass Technologie in den Schulen mehr schade als nutze. Als Beispiel wird der Beitrag des Mathematikers und PISA-Koordinators Andreas Schleicher auf einer Konferenz in Sydney im Jahr 2016 genannt. Diese These entspreche auch den empirischen Befunden aus den Studien der OECD und den PISA-Studien. Kriterien für einen gelingenden Unterricht seien insbesondere Qualifikation und Persönlichkeit der Lehrkräfte. So sei auch das Fazit der großen Meta-Studie von John Hattie. Hieran mangle es aber derzeit in Deutschland.

Insgesamt sei der Antrag der FDP-Fraktion zu technokratisch, offenbare ein ökonomisches Bildungsverständnis und verfolge einen zentralistischen Ansatz, den man nicht teile. Das Adjektiv, das am häufigsten im Antrag vorkomme, sei „national“. Im Bildungsbereich sei die AfD-Fraktion Anwalt der Länder und halte ein föderales Bildungssystem, welches Wettbewerb implementiere, für deutlich zielführender.

Der Antrag führe einen Vergleich zu Ländern wie Estland oder Japan auf. Die AfD-Fraktion weist darauf hin, dass es dort eine andere Bevölkerungsstruktur und Einwanderungsmigrationspolitik gebe. Dies sei ein weiterer Grund für die Forderung der AfD, dass Bildungsstand und Bildungsfähigkeit ein zentrales Kriterium einer Einwanderungspolitik sein müssten.

Abschließend macht die AfD-Fraktion darauf aufmerksam, dass die FDP den gerade erst verabschiedeten ersten Digitalpakt unterstützt habe. Es wäre daher interessant zu wissen, ob die FDP den ersten Digitalpakt für gescheitert halte, wenn sie nun einen zweiten verlange.

Die **Fraktion der SPD** erklärt, dass Erschreckende an den PISA-Studien, die man seit Anfang dieses Jahrtausends regelmäßig bekommen, sei, dass drei zentrale Befunde stabil blieben: Bei den Leistungen liege Deutschland leicht im überdurchschnittlichen Bereich. Im Vergleich zu anderen Industriestaaten sei der Einfluss des Elternhauses auf den Bildungserfolg der Kinder am größten. Die Spitzengruppe sei zu klein und die Risikogruppe viel zu groß. Diese Erkenntnisse zeigten, dass die PISA-Studie hilfreich sei. Allerdings gehe es in der Auswertung nicht darum,

Schnellschüsse zu provozieren, Aktionismus zu verbreiten oder Überschriften zu produzieren. Vielmehr müsse man langfristige Strategien angehen.

In dieser Legislaturperiode habe die Große Koalition das Kooperationsverbot weitgehend aufgehoben. Damit habe man die Grundlage gelegt, den kooperativen Bildungsföderalismus auszugestalten – unter Mitwirkung der Fraktionen der FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Es sei allerdings etwas widersprüchlich, dass der vorliegende Antrag bei den Gemeinschaftsaufgaben auf Artikel 91 b Absatz 2 GG Bezug nehme. Dies entspreche nicht der Position der FDP in NRW, die geäußert habe, man brauche überhaupt keine Grundgesetzänderung für den Digitalpakt. Zudem habe die Landesregierung, insbesondere das von der FDP geführte Ministerium für Schule und Bildung, am 11. Dezember 2019 im Schulausschuss des Landtages bekräftigt, dass sie den nationalen Bildungsrat ablehne.

Die Fraktion der SPD trägt vor, dass man derzeit die Rückmeldungen aus den Ländern zum Mittelabfluss beim Digitalpakt bekomme. Man brauche jetzt noch ein bisschen Zeit für die Umsetzung, damit die Schulen das Geld auch nachhaltig einsetzen könnten. Die zuständige Ministerin in Nordrhein-Westfalen, Frau Gebauer, habe bis September 2019 gebraucht, um eine Ausführungsverordnung zu erlassen und den Schulen aufzuzeigen, wie sie das Geld bekommen könnten. Daher sei die Forderung nach einem zweiten Digitalpakt etwas verfrüht. Darüber könne man sprechen, wenn man wisse, wie das Geld für den jetzigen Digitalpakt abgeflossen sei.

Die SPD-Fraktion unterstreicht, dass man auf konsequente frühe Förderung setze. Das gute KITA-Gesetz wirke. Man könne sich vorstellen, dies über 2022 hinaus zu verstetigen – darüber werde der nächste Deutsche Bundestag dann zu entscheiden haben. Man habe einen wichtigen Impuls für die frühkindliche Förderung gesetzt und werde den Ausbau der ganztägigen Bildung und Betreuung noch in dieser Wahlperiode vorantreiben. 2 Milliarden Euro werde der Bund dafür als Beitrag für die gemeinsame Aufgabe mit Ländern und Kommunen bereitstellen. Man sei in dieser Woche noch im Gesetzgebungsverfahren und werde sich darüber unterhalten, wie der Rechtsanspruch ausgestaltet werde.

Die Fraktion der SPD hält abschließend fest, dass es für Schulen und Bildungseinrichtungen verlässliche und verbindliche Rahmenbedingungen sowie langfristige Strategien brauche. Überschriften und Aktionismus würden an dieser Stelle nicht weiterhelfen, weshalb man den Antrag ablehne.

Die **Fraktion DIE LINKE.** weist eingangs darauf hin, dass seit Beginn der PISA-Studien der Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungserfolg bedauert werde. So gebe es viel zu viele Bildungsverlierer: Der Anteil der Schulabbrecher und -abbrecherinnen sei ungebrochen hoch. Dies sei insbesondere mit Blick darauf zu kritisieren, dass sich Bundesregierung und Länder beim Bildungsgipfel im Jahr 2008 ein anderes Ziel gesetzt hätten. Diese Problematik hänge zudem mit der soziale Herkunft zusammen, die über die Platzierung beim Bildungserfolg von Kindern und Jugendlichen entscheide.

Die Fraktion DIE LINKE. erklärt, dass die Lösung nicht in der Standardisierung und Vermessung von Schülerinnen und Schülern sowie von Bildungsprozessen liege. Sie sehe die Standardisierung im Kontext von Bildung skeptisch, da hier der Gedanke zu Grunde liege, dass Bildung ein standardisierbarer, mit marktwirtschaftlichen Mitteln zu lenkender Vorgang sei. Auch sehe sie den Zentralismus mittlerweile kritisch – mit Ausnahme der Gewinnung und Verteilung von Ressourcen. Allerdings sei man der Ansicht, dass der Zeitpunkt gekommen sei, über die fragmentierte Zuständigkeit in Sachen Bildung eine gesellschaftliche Debatte zu führen.

Man teile die Forderung im Antrag der FDP, mehr Geld in Bildung zu investieren. Es gebe einen riesigen Investitionsbedarf in Schul- und Kitabauten. Die Ausstattung mit digitaler Infrastruktur schreite nur langsam voran. Zudem gebe es einen extremen Personalmangel. Wichtig sei, dass die Bildungsausgaben an der richtige Stelle ankämen, nämlich da, wo sie gebraucht würden. Das heißt, das meiste Geld, die besten Pädagogen und die innovativsten Räume müssten dort sein, wo sich Kinder und Jugendliche befänden, die mit vielfältigen und fortwährenden Benachteiligungserfahrungen kämpfen müssten.

Die Fraktion DIE LINKE. macht darauf aufmerksam, dass Kinder im deutschen Schulsystem sozial platziert würden. Das Bildungssystem schaffe es nicht, soziale Ungleichheit abzubauen, sondern schaffe selbst soziale Ungleichheit. Die Schulform entscheide, was Kindern zugetraut werde, welchen Beruf sie später ausüben könnten, wieviel Geld und gesellschaftlichen Einfluss sie bekommen würden.

Die Fraktion DIE LINKE. betont, dass die Frage der Ressourcen vor allem den Bund betreffe. Von daher fordere man eine Gemeinschaftsaufgabe Bildung, die grundgesetzlich verankert und gelebt werden müsse. Das Hin- und

Herschieben der Verantwortung im Bereich der Bildung ermüde viele Bürgerinnen und Bürger und bedürfe einer konstruktiven Auflösung.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** erklärt, die PISA-Studien und der Bundesbildungsbericht seien wichtige Indikatoren für den Zustand der hiesigen Bildungslandschaft. Die Ergebnisse seien oft deckungsgleich und gäben Anlass zur Debatte. Fraktionsübergreifend werde festgestellt, dass die Ergebnisse niemanden zufrieden stellen könnten, insbesondere im Hinblick auf die Chancengerechtigkeit. Allerdings gebe es trotz Erkenntnisgewinns bei den Koalitionsfraktionen und dem BMBF eine anhaltende praktische Verhaltensstarre. Daher gehe der FDP-Antrag zumindest in die richtige Richtung.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betont, dass man ein Kooperationsgebot statt eines Kooperationsverbotes brauche. Letzteres müsse aufgehoben werden. Dies sei bisher nicht passiert, man habe die Tür lediglich ein Stück weit geöffnet. Diesen Spielraum sollte man nun zumindest nutzen.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN kritisiert, dass BM'n Karliczek nicht in der Lage sei, die Bund-Länder-Zusammenarbeit in der Bildungspolitik zu verbessern. Das habe man beim Nationalen Bildungsrat gesehen und nun auch beim wissenschaftlichen Beirat, der ohne Beteiligung des Bundes geplant sei.

Einige der Analysen im FDP-Antrag teile man nicht. Der Bildungsföderalismus sei nicht per se schlecht, jedoch brauche man mehr Vergleichbarkeit, Standards, Ressourcen und Chancengerechtigkeit. Hier müsse man mehr Kooperation wagen. Die Grundlagen hierfür seien da.

Die politische Stoßrichtung des Antrages sei zu unterstützen, da der Bund für eine gute Bildungspolitik und Chancengerechtigkeit mehr Verantwortung übernehmen müsse. Die daraus resultierende Forderung nach einer Erhöhung der Bildungsinvestitionen wiederhole man selber ständig. Allerdings bleibe der Antrag etwas unklar, da das 7 Prozent-Ziel nicht mehr genannt werde und somit eine klare Zielmarke fehle. Das im Antrag formulierte Ziel, die frühkindliche Bildung zu stärken, teile man.

Es sei richtig, bereits jetzt über einen „Digitalpakt Plus“ nachzudenken, weil die Umsetzung des ersten Digitalpaktes ziemlich lange gedauert habe. Hier müsse man verhindern, dass eine Lücke bei der Anschlussunterstützung entstehe.

Man teile die Forderung, MINT-Fächer zu stärken und ein Kooperationsgebot ins Grundgesetz aufzunehmen. Zudem benötige man eine Vergleichbarkeit der Standards. Zwar könne man das Lernen an sich nicht standardisieren, wie von der Fraktion DIE LINKE. bereits angeführt. Trotzdem benötige man am Ende eine gewisse Vergleichbarkeit.

Die von der FDP-Fraktion vorgeschlagenen neuen Bildungsinstitutionen, wie eine Deutsche Lehrerakademie oder das Institut für beste Schulpraxis, halte man im Moment nicht für geeignet, um die Bildungspolitik besser zu organisieren.

Abschließend betont die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dass die Kultusministerkonferenz trotz ihrer zu Recht kritisierten Behäbigkeit ein wichtiger Player in der Bildungspolitik sei. Der Antrag riskiere diese Rolle und verspiele so unnötige Chancen der Mehrheitsbeschaffung und der Realisierung. Deswegen enthalte man sich bei diesem Antrag.

Die **Bundesregierung** stellt klar, dass man sich in der grundsätzlichen Zierlichtung einig sei. Man dürfe sich in Deutschland nicht damit abfinden, im Bildungsbereich in vielen Bereichen nur im Mittelmaß zu liegen. Aus diesem Grund bedauere man auch sehr die Ablehnung der Länder in der Kultusministerkonferenz zum Nationalen Bildungsrat. Vor diesem Hintergrund überrasche der Beitrag der FDP, welche in Nordrhein-Westfalen die Bildungsministerin stelle und der Beitrag von BÜNDNIS 90/DIE Grünen, die in Baden-Württemberg den Ministerpräsidenten stellten. Beide Bundesländer hätten sich gegen mehr Bundeseinfluss und einen Nationalen Bildungsrat ausgesprochen. Die diesbezüglich nun vorgebrachten Vorschläge setzten eine Verfassungsänderung voraus. Hierfür sei eine Zwei-Drittel-Mehrheit im Bundestag und eine Zwei-Drittel-Mehrheit im Bundesrat notwendig. Allerdings seien wichtige Vertreter der zuvor genannten Parteien grundsätzlich nicht zu einer solchen Veränderung bereit.

Es überrasche zudem, dass im Antrag der FDP das zentrale Thema der beruflichen Bildung, was immerhin die Hälfte der jungen Generation unmittelbar betreffe, keine Rolle spiele. Diesem Thema habe die Große Koalition

in dieser Legislaturperiode besonderes Gewicht gegeben mit einer Novelle des Berufsbildungsgesetzes, der Einführung einer Mindestausbildungsvergütung, mit einem Sonderprogramm zur Digitalisierung der überbetrieblichen Bildungsstätten, dem Wettbewerb „Zukunft gestalten – Innovationen für eine exzellente berufliche Bildung“ (InnoVET) und mit dem Aufstiegs-BAföG mit einem Volumen von 350 Millionen Euro.

Die Bundesregierung weist darauf hin, dass die Große Koalition gerade aus der Analyse, dass es im schulischen Bereich erhebliche Mängel gebe – die die Länder in ihrer Verantwortlichkeit anpacken müssten – wichtige Initiativen ergriffen habe, sofern es im Konsens mit den Ländern möglich sei. Man habe sowohl „Schule macht stark“ – Gemeinsame Initiative von Bund und Ländern zur Unterstützung von Schulen in sozial schwierigen Lagen wie auch „Leistung macht Schule“ auf den Weg gebracht. Dies werde dazu beitragen, die Schulen in den verschiedenen Feldern besser aufzustellen.

Auch die Forderung nach einem Digitalpakt 2.0. überrasche, insbesondere mit Blick auf die Zahlen zur Umsetzung des Digitalpakts in den Bundesländern, wo die FDP politische Verantwortung trage. Die IT-Administration, die im Antrag angesprochen werde, falle ausschließlich in den Zuständigkeitsbereich der Kommunen. Die Qualifikation der Lehrkräfte sei Aufgabe der Länder.

Im Antrag werde eine Reform der Lehrerausbildung angesprochen. In diesem Zusammenhang weist die Bundesregierung darauf hin, dass man von Bundesseite eine Lehrerfortbildungsoffensive gestartet haben, die Hochschulen mit unterschiedlichsten Lehr- und Lernformaten unterstütze, Studiengänge flexibler und stärker praxisorientiert zu gestalten. Darüber hinaus gebe es in der Bund-Länder-Initiative „Leistung macht Schule“ ganz konkrete Lehrerfortbildungsmodule, die auf dem neusten Stand der Wissenschaft gemeinsam mit der Schulpraxis erarbeitet und in der Praxis evaluiert würden.

Die FDP-Fraktion fordere den Ausbau des Instituts zur Qualitätssicherung im Bildungswesen (IQB) zu einer „nationalen Einrichtung für Bildungsinnovation und Qualitätssicherung“. Das IQB sei 2004 von der Kultusministerkonferenz vor allem für die Entwicklung und Überprüfung gemeinsamer Bildungsstandards gegründet worden. Es handle sich um eine Einrichtung der Bundesländer. Der Vorschlag der FDP, dieses Institut von Seiten des Bundes zu übernehmen, werde bei den Bundesländern wahrscheinlich nicht auf große Begeisterung stoßen und überrasche daher.

Die Bundesregierung merkt letztlich an, dass das BMBF und die Kultusministerkonferenz dort, wo es gemeinsame Zuständigkeiten gebe, Initiativen ergriffen hätten. Hier sei das Zentrum für internationale Vergleichsstudien (ZIB) zu nennen. Daran könne man erkennen, dass es kein Kooperationsverbot gebe. Vielmehr bestehe die Möglichkeit, auf vielen Feldern in der jeweils eigenen Zuständigkeit zu kooperieren. Dies sei auch das Beste im Sinne der betroffenen Schülerinnen und Schüler und der Bildungseinrichtungen in Deutschland.

Berlin, den 4. März 2020

**Dr. Dietlind Tiemann**  
Berichterstatlerin

**Oliver Kaczmarek**  
Berichterstatter

**Dr. Götz Frömming**  
Berichterstatter

**Katja Suding**  
Berichterstatlerin

**Dr. Birke Bull-Bischoff**  
Berichterstatlerin

**Margit Stumpp**  
Berichterstatlerin





